

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 12 | 7.11.2025

Stärkung der Landwirtschaft in drei wichtigen Punkten Und: Entbürokratisierung hat Vorfahrt

Liebe Leserin, lieber Leser,

Jenseits der Debatten der vergangenen Tage setzen wir im Bundestag unsere intensive Arbeit fort. Allein 14 Gesetze beschließen wir in dieser Sitzungswoche in 2./3. Lesung.

Wie vor der Bundestagswahl versprochen entlasten wir u.a. die Landwirtschaft beim Agrardiesel und bei Bürokratie. Bürger und Unternehmen werden durch die Abschaffung der Gasspeicherumlage entlastet. Den technologischen Fortschritt stoßen wir mit CCS/CCU an, die Voraussetzung für die Kohlendioxid-Speicherung sowie die Kohlenstoffabscheidung und -nutzung werden endlich geschaffen.

Unsere Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration wirken. Wir verzeichnen 55,4 % weniger Asylanträge im Vergleich zum Vorjahr. Konkret wurden im Oktober 2025 8.823 Asylanträge gestellt, im Oktober 2024 waren es noch 19.785. Außerdem: Pro Monat werden im Schnitt fast 2.000 Personen aus Deutschland zurückgeführt.

Ich selbst habe alle Hände voll zu tun mit den beiden Haushaltsentwürfen des Auswärtigen Amts und des BMZ, die nächste Woche verabschiedet werden.

Nach Syrien kann zurückgeführt werden

Im Kontext Migration und der aktuellen Lage in Syrien ist eine Debatte über Rückführungen entbrannt. Die Linie der Unionsfraktion ist hier sehr klar. Wir erwarten, dass syrische Flüchtlinge ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus in ihre Heimat zurückkehren, sobald dies möglich ist. Der syrische Bürgerkrieg ist vorbei, jetzt geht es um Wiederaufbau und stabile Verhältnisse. Freiwillige Ausreisen sind zu fördern. Alle Straftäter und sofort Ausreisepflichtigen sind in Abstimmung mit der syrischen Regierung zurückzuführen. Dazu arbeiten Außen- und Innenminister Hand in Hand.

Stärkung der Landwirtschaft in drei wichtigen Punkten

Wir halten Wort:



Mit der vollständigen Wiedereinführung der Agrardieselerückvergütung von 21,48 Cent pro Liter Diesel zum 1. Januar 2026 unterstützen wir die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit rund 430 Millionen Euro jährlich.

Wir verbessern die Rahmenbedingungen, indem wir Planungssicherheit schaffen, und stärken die Wettbewerbsfähigkeit dieses wichtigen Wirtschaftszweiges.

Außerdem erweitern wir die zeitlichen Grenzen der sozialversicherungsfreien kurzfristigen Beschäftigung mit Rücksicht auf den besonderen Bedarf der Landwirtschaft an Saisonbeschäftigten auf 90 Arbeitstage oder 15 Wochen (die bei einer 6-Tage-Woche 90 Arbeitstagen entsprechen).

Und schließlich werden mit dem ebenfalls beschlossenen Agrarstatistikgesetz die europäischen Vorgaben zur Agrarstrukturhebung 2026 umgesetzt und die Bodennutzungsdaten auf vorliegende Verwaltungsdaten umgestellt. Durch diesen zentralen Fortschritt entfällt für viele Betriebe die Pflicht zur gesonderten Meldung. Das entlastet die Landwirtschaft spürbar.

So sieht Wertschätzung für unsere Landwirtschaft aus, von der wir alle jeden Tag leben.

Entbürokratisierung hat Vorfahrt: Das Entlastungskabinett tagt

In der Sitzung des Kabinetts am 5.11.2025 hat die Bundesregierung einen besonderen Schwerpunkt auf Entlastungsmaßnahmen gelegt. Seit ihrem Amtsantritt hat die Bundesregierung bereits bedeutende Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und die Verwaltung auf den Weg gebracht, die eine Entlastungswirkung von insgesamt über 3 Milliarden Euro jährlichem Erfüllungsaufwand haben. Nun wurden eine Reihe von weiteren Entlastungsvorhaben beschlossen:

- Bericht über Maßnahmen für Bürokratierückbau
- Gesetzentwurf zum Bürokratierückbau in der Gewerbeordnung und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz sowie anderer Rechtsvorschriften zur Aufhebung von Berichtspflichten

- Gesetzentwurf für den Bürokratierückbau im Bereich des Bundesministeriums des Innern
- Gesetzentwurf zur Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen, der gerichtlichen Genehmigungen von notariellen Rechtsgeschäften und der steuerlichen Anzeigen der Notare



- Gesetzentwurf zur weiteren Digitalisierung der Zwangsvollstreckung
- Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes
- Eckpunkte zum Aufbau einer Work-and-Stay-Agentur für Fachkräfteeinwanderung
- Eckpunkte zur Initiative Einführung von Künstlicher Intelligenz in Visumverfahren und Migrationsverwaltung
- Neueinsetzung des Staatssekretärsausschusses für Nachhaltige Entwicklung und Beschluss „Nachhaltigkeit für ein modernes und zukunftsfähiges Deutschland“

Stärkung der Industrie

Die Abschaffung der Gasspeicherumlage ist beschlossen. **Das bedeutet eine Entlastung aller Gaskunden, private Haushalte wie Unternehmen.** Die Entlastung für einen Vier-Personen-Haushalt beträgt je nach Verbrauch zwischen ca. 30 bis 60 Euro im Jahr. Zudem wird die Abschaffung der Gasspeicherumlage auch zu einer Entlastung bei den Strompreisen beitragen, da Gaskraftwerke oftmals die preissetzende Stromerzeugungsart sind.

Insgesamt beträgt das Entlastungsvolumen rund 3,4 Mrd. Euro. Zudem haben wir durch einen Änderungsantrag sichergestellt, dass die Einigung zwischen BMW und EU-Kommission im Beihilfeverfahren zur Entschädigung der LEAG für den Braunkohleausstieg in Ostdeutschland national umgesetzt wird. Damit wird auch die Rekultivierung in den betroffenen Regionen finanziert.

Im Sinne unseres Industriestandortes und des Klimaschutzes verabschieden wir ein novelliertes Kohlendioxid-Speicherungs-gesetz. Mit CCS (Carbon Capture and Storage) und CCU (Carbon Capture and Utilization) kann CO₂ abgeschieden werden, bevor es in die Atmosphäre gelangt. Diese Verfahren sind insbesondere für schwer vermeidbare Emissionen von großer Bedeutung – etwa in der Zement-, Kalk- und Chemieindustrie, aber künftig auch für moderne Gaskraftwerke, die in das CO₂-Management einbezogen werden können.



Wir verbessern den Rechtsrahmen umfassend: Für den schnellen Aufbau einer CO₂-Transportinfrastruktur, für den Export in europäische Speicher und mit einer Länderöffnungsklausel, die freiwillig auch Onshore-Speicherung ermöglicht. So schaffen wir Planungssicherheit, beschleunigen Genehmigungen und stärken den Industriestandort Deutschland.

Das ist ein technologiepolitischer Quantensprung – und ein Erfolg der Union: Wir haben uns seit Jahren für CCS/CCU stark gemacht, für Technologieoffenheit statt Ideologie, und dafür, dass Bürokratieabbau und Beschleunigung Vorrang vor neuen Auflagen bekommen.

CCS und CCU sind kein Widerspruch zu Klimaschutz, sondern seine industrielle Grundlage – für sichere Arbeitsplätze, saubere Technologien und eine starke Wirtschaft in Deutschland.

Stärkung des Finanzstandorts

Diese Woche bringen wir mit dem sog. Standortfördergesetz bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen auf den Weg. Damit stärken wir den Finanzplatz Deutschland insgesamt. Schwerpunkt des Gesetzes bilden Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen von Unternehmen und für einen wettbewerbsfähigeren Finanzstandort, insbesondere durch steuerliche Impulse für private Investitionen in Infrastruktur, und erneuerbare Energien sowie in kleinere Unternehmen und Start-ups (Venture Capital). Hinzu kommen Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie.

Stärkung des ÖPNV: Finanzierung des Deutschlandtickets sichergestellt



D-TICKET

Mit dem Regionalisierungsgesetz wird die Finanzierung des Deutschlandtickets im Zeit-raum von 2026 bis 2030 sichergestellt. Ab 2026 erfolgt aufgrund der gestiegenen Kosten eine Preisanhebung auf 63 Euro pro Monat, ab 2027 folgt eine Preisfortschreibung anhand eines Kostenindexes.

Bund und Länder beteiligen sich bis 2030 mit jährlich je 1,5 Mrd. Euro an den Kosten. Damit schaffen wir Planungssicherheit für Kunden und ÖPNV-Unternehmen.

Stärkung der Pflege und des Gesundheitswesens

Auch in der Pflege gehen wir voran:

Mit dem Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege werden die Rahmenbedingungen für Kompetenzen von professionellen Pflegekräften sowie deren Ausübung verbessert, an den aktuellen Stand angepasst und modernisiert. Damit wird die Versorgung verbessert, das Berufsbild attraktiver gemacht und somit auch dem Fachkräftemangel entgegen gewirkt. Außerdem gehen wir weitere Schritte in Richtung des dringend notwendigen Bürokratierückbaus.

Im parlamentarischen Verfahren wurden außerdem notwendige Regelungen zur Stabilisierung des Beitragssatzes in der GKV ergänzt, um das im Jahr 2026 drohende Defizit von 2 Mrd. € zu schließen.



Dank der idiotischen Wahlrechtsreform der Ampel gibt es inzwischen „verwaiste Wahlkreise“ ohne jegliche Abgeordnete. Es ist selbstverständlich, daß ich dann auf Bitte zum Beispiel meiner ehemaligen Kollegin [Diana Stöcker](#) einspringe und mit Schülerinnen und Schülern diskutiere. Heute: [Realschule Dreiländereck aus Weil am Rhein](#)

Bilder der Woche



Eine intensive und spannende Diskussion gab es mit den Schülerinnen und Schülern des [Franziskus-Gymnasiums Mutlangen](#) Gaza, Ukraine, die Zukunftschancen der Jungen Generation – wir spannten einen weiten Bogen.

Video der Woche



Wir liefern!

Frei nach dem Motto „Tue Gutes und rede darüber“ lobe ich heute mal die Koalition:

[KLICK](#)

Zitat der Woche

«Debattieren, entscheiden, umsetzen. Das muss der Arbeitsmodus dieser Regierung sein.»

(Unser Fraktionsvorsitzender **Jens Spahn** beschreibt den Dreiklang, der – jenseits aller öffentlichen Wahrnehmung – die Arbeit der Koalition aus CDU, CSU und SPD bestimmt.)